

Stephen Coleman / Jay G. Blumler
The Internet and Democratic Citizenship
 Theory, Practice and Policy
 Cambridge: Cambridge University Press, 2009.
 – 220 S.
 ISBN 978-0-521-52078-2

Längst nicht alle Erwartungen an den politischen Nutzen des Internets haben sich erfüllt, und manche Befürchtungen erwiesen sich als übertriebene Schwarzmalerei. Steven Coleman und Jay G. Blumler – beide aus Leeds, UK, erster dort Politikwissenschaft lehrend, letzterer Emeritus und international hoch angesehener Kommunikationswissenschaftler – untersuchen mit ihrer Veröffentlichung das demokratische Potenzial des Internets und kommen zu dem Ergebnis, dass dieses bei Weitem nicht ausgeschöpft ist. Sie unterbreiten einen wohl erwogenen und, wie sie betonen, praktikablen Vorschlag, die Möglichkeiten des Internets besser für die Beteiligung der Bürger an politischen Prozessen einzusetzen. Nach ihrer Überzeugung kann das Internet einen weit größeren Beitrag zur deliberativen Qualität der Demokratie leisten als bisher.

E-Democracy gehört zu den heißesten Themen im Internet, und es herrscht auch kein Mangel an partizipatorischen Aktivitäten. Coleman und Blumler liefern eine sorgfältige Situationsanalyse der bisherigen Aktivitäten und beschreiben beispielhaft einige erfolgreiche Projekte aus Großbritannien. Nach ihrer Einschätzung sind dabei zwei Formen vorherrschend. Zum einen sind das Bemühungen, die vom politisch-administrativen System ausgehen („e-democracy from above“), um mit Hilfe des Netzes die Bürger zu konsultieren und Bürgerbeteiligung zu erleichtern (z. B. durch „e-petitioning“) oder durch konkrete Anleitung zu stimulieren (z. B. durch „campaign coaching“). Auch die Instrumentalisierung des Netzes für politische PR und Wahlkampagnen gehört dazu. Zur zweiten Form („e-democracy from below“) zählen die von der politischen Peripherie, von engagierten Individuen, NGOs oder Protestgruppen ausgehenden Aktivitäten wie Blogs, politische Netzwerke oder subversive Aktionen (wie Flashmobs, „culture jamming“, „hacktivism“). Beide Formen können die demokratische Deliberation fördern, sind aber nach wie vor unvollkommen oder kontraproduktiv. Die Top-Down-Aktivitäten sind vielfach nur Pseudo-Partizipation, und die Bottom-Up-Aktivitäten sind oft wenig inklusiv, mitunter chaotisch oder sogar destruktiv.

Dem demokratischen Diskurs dienen sie nur in Einzelfällen.

Zur Verbesserung der Situation schlagen die Autoren vor, im Internet eine politische Sphäre zu schaffen, die weder staatlichen Autoritäten noch partikularen politischen oder kommerziellen Interessen dient. Es soll eine Bürgerallmende („civic commons“) sein, für jedermann zugänglich, die den offenen Diskurs ermöglicht und der demokratischen Deliberation dient. Dazu soll eigens eine Institution geschaffen werden mit der Aufgabe, die politische Kommunikation im Internet anzuregen, zu aggregieren, zu systematisieren und zu evaluieren. Diese Institution soll aus öffentlichen Mittel finanziert, aber politisch unabhängig sein. Die Überlegungen der Autoren sind expressis verbis von den britischen Erfahrungen mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk inspiriert. In ihrem Buch präzisieren sie noch einmal ihren Vorschlag, den sie bereits 2001 unter dem Titel „Realizing Democracy Online“ veröffentlichten, und schreiben ihr Konzept fort unter Berücksichtigung der neueren Entwicklungen des Internets.

In einem relativ kurzen Abschnitt unterbreiten sie auch Vorschläge zum Wandel des Journalismus. Während Online- und Offline-Medien konvergieren und die Grenzen zwischen Internet, Fernsehen und Telefonie schwinden, müssten die Journalisten der herkömmlichen Massenmedien ihre Berufsrolle neu konfigurieren. In der neuen Medienumwelt wachsen ihnen mehr Verantwortung zu als je zuvor. Als „interpretierende Intermediäre“ und „principal reporter“ könnten sie ihren Beitrag zur Bürgerallmende leisten, indem sie die vielen Stimmen in der dispersen und fragmentierten Netzöffentlichkeit aufgreifen und aufeinander beziehen. Konkret könnte eine neue Aufgabe darin bestehen, das Bürgers Gespräch im Netz zu ermuntern und zu moderieren; eine zweite darin, den Bezug der Debatte zur sozialen Realität sicherzustellen; eine dritte, die verschiedenen Perspektiven in der Diskussion zu deuten und Wege aus Sackgassen zu weisen. Darüber hinaus könnten Journalisten eine Aufgabe übernehmen, für die sie seit jeher besonders qualifiziert seien, nämlich für eine lebendige, ansprechende und spannende öffentliche Diskussion zu sorgen.

Dem programmatischen Teil des Buches, das streckenweise in einer emphatischen Diktion geschrieben ist, gehen nüchterne und informative Analysen des „deliberativen Defizits“ moderner Demokratien und der „Krise der öffentlichen Kommunikation“ voraus. Dieser analytische Teil, der rund die Hälfte des Buches aus-

macht, ist breit fundiert durch Aufbereitung der relevanten Literatur und empirischen Forschung, wie man es von zwei wissenschaftlich so hervorragend ausgewiesenen Autoren wie Coleman und Blumler erwartet. Zudem berichteten sie über eigene neuere Untersuchungen sowie über einige interessante E-Demokratie-Beispiele und deren Evaluation.

Die Überzeugungskraft ihrer recht alarmistischen Schlussfolgerungen ist allerdings deshalb eingeschränkt, weil sie vorwiegend auf britischen Erfahrungen beruhen. Vergleicht man beispielsweise das Ausmaß der Politikverdrossenheit und der politischen Partizipation in verschiedenen Ländern Europas, so zeigen sich erhebliche Unterschiede. In den skandinavischen Ländern ist die Verdrossenheit relativ gering und die Beteiligung hoch. Die entsprechenden Indikatoren für Großbritannien liegen auf einem mittleren Niveau, ähnlich dem für Frankreich oder Deutschland. Wirklich alarmierend ist dagegen die Situation in den meisten zentral- und osteuropäischen Ländern. Dabei gilt für fast alle Länder eine wichtige Differenzierung: Politische Institutionen wie Parlamente und Rechtssystem genießen deutlich mehr Vertrauen als Parteien und Politiker. Die Bürger sind also offenbar weniger mit dem demokratischen System unzufrieden als mit den politischen Parteien und ihrem Personal. Diese Differenzierung wie auch den Blick über nationale Grenzen hinaus vermisst man in den Analysen dieses Buches. Insbesondere die politischen Parteien spielen weder in der Situationsanalyse noch in den praktischen Vorschlägen der Autoren eine nennenswerte Rolle. Wenn man aber von der durch eine neue Organisation geförderten Bürgerallmende im Internet erwartet, dass sie eine zentrale Rolle bei der politischen Willensbildung, der Aggregation und Artikulation politischer Interessen übernimmt, stellt sich die Frage, welche Folgen das für die politischen Parteien hat. Denn das sind ja genau die zentralen Funktionen der Parteien, die ihnen die normativen Modelle repräsentativer Demokratien zuweisen.

Einige weitere Punkte könnten Coleman und Blumler für eine Weiterentwicklung ihres Vorschlags in Betracht ziehen. Ihr ursprünglicher Vorschlag schien einen zentralistischen Ansatz zu verfolgen, ausgehend von der Vorstellung einer einzigen Internet-Öffentlichkeit. Sie umschrieben die Aufgaben der neu zu errichtenden Organisation wie folgt: "The proposed organisation would be charged with promoting, publicizing, regulating, moderating, summarizing and evaluating and most inclusive range of online deliberation via various new media plat-

forms, including the web, e-mail, newsgroups, and digital TV." (S. 172) Das hat einige Kritik hervorgerufen, insbesondere bei denjenigen, die gerade in der dezentralen Struktur wie auch in der internationalen Offenheit und teils chaotischen Vielfalt die größten politischen Potenziale der neuen Medien sehen. Auch wenn die neue Organisation den vielstimmigen Diskurs nur zusammenfasst und evaluier, setzt sie Prioritäten mit Folgen für die Beachtung politischer Issues und die Verteilung von Ressourcen. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn eine Organisation mit besonderer Autorität eingeschaltet ist. Die besondere Autorität erhält diese Organisation allein schon durch ihre Finanzierung aus öffentlichen Mitteln. Dass die Bereitstellung öffentlicher Mittel und deren Verwendung dem Einfluss und der Kontrolle der Regierung oder anderer politischer Instanzen entzogen bleiben, ist insbesondere für kontinentaleuro-päische Beobachter nur schwer vorstellbar.

Die Autoren setzen sich mit dieser Kritik auseinander und nehmen in ihrem Vorschlag für das „Web 2.0“ die regulativen Komponenten zurück. Eine revidierte Fassung der Bürgerallmende 2.0 betont stattdessen die Moderator-Funktion der zu errichtenden Institution. Sie soll die bereits existierenden sozialen Netzwerke verknüpfen und darauf achten, dass sie wechselseitig offen und verantwortlich sind („to be fully open and accountable to one another“). In ihre Überlegungen gehen dabei Vorstellungen von kollektiver Intelligenz und „collaborative governance“ ein, wonach die Bürger nicht mehr als Konsumenten, sondern als Ko-Produzenten von Politik gesehen werden.

Auch wenn – oder weil – die Vorschläge von Coleman und Blumler eine kritische Diskussion herausfordern, sind sie erwägenswert im Bemühen um eine stärkere Einbeziehung der Bürger in politische Prozesse und um die Förderung einer deliberativen Demokratie. Ihr Vorschlag einer Bürgerallmende im Cyberspace zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht im Utopisch-Unverbindlichen bleibt. Die Autoren sind an einer praktischen Realisierung des demokratischen Potenzials des Internets interessiert. Ob ihr Vorschlag tatsächlich die angestrebten Ziele erreichen kann, ist schwer zu sagen, bevor er in die Praxis umgesetzt ist.

Winfried Schulz